

Peter Erlanson – Ihr Abgeordneter vor Ort

1984 bin ich in die Hansestadt gekommen und seither überzeugter Bremer. Ich mag die bunte Vielfalt der Stadt und die Nähe zum Wasser.

Wenn wir etwas bewegen wollen, dann müssen wir uns dort einbringen, wo wir zuhause sind, wo wir arbeiten und leben.

Als Psychologe und Krankenpfleger im Krankenhaus Links der Weser kenne ich die Nöte der Menschen, nicht nur in der Pflege, sondern darüber hinaus.

Ich bin 51 Jahre alt und weiß heute, wie wichtig ein sicheres soziales Netz ist. Seit 20 Jahren bin ich deshalb Gewerkschafter, zudem in der Sozialdeputation und im Aufsichtsrat der Gesundheit Nord engagiert. Schon vorher war ich in sozialen, linken Bewegungen aktiv, zum Beispiel in der Anti-AKW-Bewegung, den Protesten gegen die Startbahn West und der Friedensbewegung. Ich will nicht nur in den Gremien der Bürgerschaft arbeiten, sondern gemeinsam mit den Menschen dieser Stadt etwas verändern. Deshalb arbeite ich unter anderem in den Bürgerinitiativen Stadtwerderwald und A 281 mit.

Radikal aber realistisch, eben antikapitalistisch

Liebe Bremerinnen und Bremer, mit mir wird es keinen weiteren Stellenabbau in den Bremer Kliniken oder im öffentlichen Dienst geben. Und deshalb auch keine Koalitionen mit Kürzungsparteien. Ich werde konsequent gegen die Privatisierung von sozialen Einrichtungen kämpfen. Stattdessen müssen neue Stellen im sozialen Bereich geschaffen werden. Hartz IV muss weg, Ein-Euro-Jobs gehören abgeschafft und in armuts-sichere, sozialversicherungspflichtige Stellen umgewandelt. Ich fordere: Reiche und Konzerne stärker besteuern, der Klimakatastrophe entgegen treten, Soldaten raus aus Afghanistan! Eine andere Welt ist möglich – aber auch nötig!

Peter Erlanson
DIE LINKE. Bremen
Faulenstraße 75, 28195 Bremen
Telefon: 0421/32 06 66
Fax: 0421/32 06 67
peter.erlanson@dielinke-bremen.de



Peter Erlanson: Druck machen. Links wählen!

DIE LINKE.

www.dielinke-bremen.de

Unsere Politik für Bremen und Bremerhaven:

Gesundheit ist keine Ware, sondern ein gesellschaftliches und individuelles Gut. Ihre Sicherung und Wiederherstellung müssen deshalb auch Aufgabe des Landes und der kommunalen Daseinsvorsorge sein.

Im Gegensatz zur Bundesregierung will DIE LINKE, dass alle Einwohnerinnen und Einwohner in einer solidarischen Bürgerversicherung krankenversichert sind und entsprechend ihrem Einkommen – unter Einbeziehung aller Einkünfte – solidarisch zur Finanzierung dieser Krankenversicherung beitragen. Wir sind für eine paritätische Finanzierung des Gesundheitssektors, die von Betrieben, Verwaltungen und allen Einkommensbeziehenden zu gleichen Anteilen getragen wird.

Der Personalabbau in der Gesundheit Nord (GeNo) beim Pflegepersonal und bei den Ärztinnen und Ärzten muss sofort gestoppt werden, bevor die Qualität der Versorgung in den Bremer kommunalen Kliniken gefährdet wird.

Die Stadt Bremen kommt ihrer Investitionspflicht nach dem Bremer Krankenhausfinanzierungsgesetz nicht nach. Stattdessen müssen die

vier kommunalen Kliniken Ost, Mitte, Nord und Links der Weser ihre Investitionen wie auch den Teilersatzbau in Bremen Mitte durch Personalabbau und Einsatz von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern selber finanzieren.

Durch die Gründung der Gesundheit Nord (GeNo) und die Verteilung von Kompetenzzentren auf die vier Kliniken der GeNo ist das Klinikum Bremen-Nord stark geschwächt worden. Die Einrichtung von Kompetenzzentren in den Krankenhäusern der GeNo ist zwar grundsätzlich zu begrüßen. Sie darf aber nicht dazu führen, dass das Klinikum Nord, welches einen Einzugsbereich von etwa 120 000 Einwohnerinnen und Einwohnern auch aus dem niedersächsischen Umland hat, zu einem Provinz-beziehungsweise Zubringerkrankenhaus degradiert wird.

Wie in vielen anderen Bereichen bestimmt auch auf dem Gebiet der Bremer Drogenhilfe das Budget den Bedarf. Während sich in anderen Städten die psychosoziale Begleitung bei Substitutionsbehandlung zu einem eigenständigen und professionellen Hilfsangebot entwickelte und Druckräume sowie Heroingabeprojekte die Palette erweiterten, war in Bremen diesbezüglich Stillstand angesagt. Stattdessen fand aufgrund

von Kürzungspolitik ein allmählicher Personalabbau statt. Während andere Großstädte die Ambulanzen zur Heroinverschreibung weiterführen oder nach der Gesetzesänderung ihren Aufbau planen, findet in Bremen zunehmend Drogenhilfe zweiter oder dritter Klasse statt.

Wofür DIE LINKE steht:

1. Gesundheit ist keine Ware! Wir fordern den Erhalt einer bedarfsgerechten, qualitativ hohen und wohnortnahen Gesundheitsversorgung der Bremer Bevölkerung durch kommunale Kliniken. Dazu gehören auch ausreichendes und gut qualifiziertes, tariflich bezahltes Personal in den kommunalen Kliniken und eine direkte Finanzierung der Investitionen durch die Stadt.
2. Sinnvolle Drogenhilfe statt Ausgrenzung! Auf Landesebene: Begleitende Hilfen zur Substitutionsbehandlung. Mobile Druckräume. Einstieg in die Diamorphinbehandlung (Heroinverschreibung) für Abhängige. Abgabe steriler Spritzen in Haftanstalten.

